



# PROTOKOLL

---

**LANDKREIS**  
**ERDING**

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
elfriede.mayer@ira-  
ed.de

Erding, 04.08.2009  
Az.:

## **8. Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 20.07.2009**

### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Bendl, Roswitha

Biller, Josef

bis 17.40 Uhr

Dieckmann, Ulla

Fischer, Siegfried

Gruber, Michael

Hofstetter, Franz Josef

Jobst, Karl Heinz

i.V.v. Rübensaal Siegfried

Oberhofer, Michael

i.V.v. Hagl Monika

Peis, Hans

Seeger, Hannelore

Wiesmaier, Hans

### **sowie als Vorsitzender:**

Landrat Martin Bayerstorfer

### **von der Verwaltung:**

Kohout Caroline

Fischer Heinz

Gutt Georg (TOP 1)

Thomas Wolfgang

Helfer Helmut

Hopfensberger Maximilian

Graßl Reiner (TOP 2)

Lindenau Rüdiger (TOP 2 und 3)

Mayer Elfriede (Protokoll)



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Ferner nehmen teil:**

Herr Mersdorf vom MVV zu TOP 1

Herr Brand und Herr Oztmann vom Staatlichen Bauamt Freising zu TOP 2 und 3)

Herr Ralf Engelhardt von der Fa. Transver GmbH zu TOP 4

Herr Brandl von der Fa. RBM zu TOP 5

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Fahrplan 2010  
Vorlage: 2009/0509
2. Baumaßnahmen an Kreisstraßen  
Vorlage: 2009/0531
3. Neubau eines Geh- und Radweges in Hofstarring (Gemeinde Steinkirchen) an der Kreisstraße ED 28  
Vorlage: 2009/0530
- 3.1. Kreisstraßen; ED 05; Deckensanierung in der Ortsdurchfahrt Moosinning
4. Kreisstraßen; Verkehrsuntersuchung; Verbesserung der verkehrlichen Anbindung des nordöstlichen Landkreis; Aktualisierung  
Vorlage: 2009/0532
5. Energiekonzept Landkreis Erding  
Vorlage: 2009/0510

Die weiteren Tagesordnungspunkte wurden vertagt

## Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 20.07.2009



LANDKREIS  
ERDING

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet der Vorsitzende um die Aufnahme eines dringlichen Tagesordnungspunktes 3.1 „Kreisstraßen; ED 05; Deckensanierung in der Ortsdurchfahrt Moosinning“.

Damit besteht allgemein Einverständnis.

Büro des Landrats  
BL

### 1. Regionalbusverkehr Fahrplan 2010 Vorlage: 2009/0509

**Der Vorsitzende** begrüßt Herrn Mersdorf vom MVV und bittet ihn um Erläuterung der Vorlage.

**Herr Mersdorf** erklärt, die Anträge seien zeitgerecht vorgelegt und vom MVV auf die Durchführbarkeit und Finanzierbarkeit hin überprüft worden.

**Zu Nr. 1, Linie 501** berichtet er, es sei die Beibehaltung des 2008 beantragten Verstärkerbusses ab Krankenhaus um 16.30 Uhr beantragt worden. Der zunächst ab 10.11.2008 eingesetzte 15-Meter-Bus mit Kosten von 130 €/pro Fahrt sei nicht erwartungsgemäß genutzt worden. Es habe sich nach kurzer Zeit gezeigt, dass ein Bedarf freitags nicht erforderlich war. Ab 01.12. sei der Bus nur noch montags bis donnerstags eingesetzt worden. Anfangs sei der Bus gut besetzt gewesen. Nach zwei Wochen sei das Angebot zurückgenommen und ein 12-Meter-Bus bereitgestellt worden. Die Kosten haben sich auf 110 € pro Fahrt reduziert. Zwischenzeitlich habe sich die Fahrgastzahl auf 5 – 20 Schüler eingependelt. *Er schlägt vor, das Angebot um 16.30 Uhr mit dem Verstärkerbus weiter aufrechtzuerhalten.*

**Der Vorsitzende** denkt, es sollte an die Eltern und Schüler appelliert werden, denn der beschlossene Grundsatz, dass Linien gestrichen werden, wenn nicht mehr als 6 Personen mitfahren, gelte auch hier.

**Herr Mersdorf** stellt fest, der Bedarf sei auch vom Ende des Unterrichts abhängig. Von der Planungsseite her sei das nicht vorhersehbar gewesen.

**Kreisrat Gruber** denkt, es sei nachvollziehbar, dass freitags kein Bedarf sei. Dafür gebe es die Möglichkeit der Anpassung. Er habe einige Schüler befragt, die überrascht waren, dass oft nur fünf Schüler den Bus nutzen. Er fragt, wie generell eine Auslastung nachgeprüft wird.

**Der Vorsitzende** erinnert, eine Beförderung auch an den Freitagen sei aber beantragt worden.

**Herr Mersdorf** ergänzt, die Zählungen werden vom Busfahrer gemacht.

**Kreisrat Gruber** merkt weiter an, er sei von einigen Eltern mitgeteilt worden und auch er vermutet es, dass durch die Ganztagsbetreuung am Anne-Frank-Gymnasium die Besetzung höher sein wird.



**Zu Punkt 2, Linie 507** erklärt **Herr Mersdorf**, es handelt sich um Nachmittagsfahrten von Markt Schwaben nach Erding. Es seien drei Einzelwünsche über die Gemeinde gemeldet worden. Nach Prüfung der Tagesrandlagen sei vorgeschlagen worden, die Nachmittagsfahrten bedarfsgesteuert und nur ab Oberneuching anzubinden. Die Bedienung von Moosinning nach Markt Schwaben sei auf die Linie 568 (Rufbus) mit einer etwas längeren Reisezeit umgestellt worden. Es werde ein 8-Sitzer-Kleinbus eingesetzt, der sich bewährt hat. Er schlägt vor, die Bedienungsform derzeit beizubehalten.

**Zu Nr. 3, Linie 512** merkt Herr Mersdorf an, laut Antrag der Fa. Scharf wünschen Fahrgäste morgens und abends je eine zusätzliche Fahrt. Im Vor- und Nachlauf könnten morgens und abends je ein zusätzliches Fahrtenpaar ab Erding (S) um 2.33 Uhr zum Flughafen und zurück um 3.17 Uhr nach Erding (S) und ab Erding (S) um 23.13 Uhr zum Flughafen und zurück um 23.52 Uhr nach Erding (S) eingerichtet werden. Die Mehrkosten würden ca. 50.000 €/Jahr betragen. Es würden dabei alle am Weg liegenden Gemeinden angefahren.

**Herr Gutt** ergänzt, nach einer telefonischen Abfrage sei mitgeteilt worden, dass weder die Gemeinde Oberding, die FMG und die Stadt Erding bereit seien, Mehrkosten zu übernehmen. Die FMG würde nur nach einer genauen Angebotserhebung Kosten übernehmen.

**Kreisrätin Seeger** meint, eine Ausweitung wäre für die Schichtarbeiter am Flughafen sinnvoll. Sie denkt, die Kosten sollten der FMG in Rechnung gestellt werden.

**Der Vorsitzende** erinnert, die FMG habe 2003 gebeten, entsprechend den Schichtmodellen nach 3 Uhr früh bis 23 Uhr abends die Beförderung mit Bussen zu ermöglichen. Damals sei richtigerweise dargestellt worden, dass es nicht Aufgabe des ÖPNV sei, einen Werksverkehr sicherzustellen. Das habe dazu geführt, dass sich vier Partner (FMG, Stadt Erding, Gemeinde Oberding und der Freistaat Bayern) bereit erklärt haben, die Kosten von rd. 240.000 € zu übernehmen.

Dabei seien die Fahrten ausschließlich nach den vielen Schichtmodellen am Flughafen gestaltet worden. Solange die FMG nicht von sich aus andere Fahrten fordert und dafür Mittel zur Verfügung stellt, sollte der Landkreis nicht in Vorleistung gehen.

**Herr Gutt** merkt an, nach telefonischer Rücksprache bei der FMG seien dort keine Wünsche vorgetragen worden. Die genannten Wünsche seien offensichtlich von Einzelnen an den Busunternehmer herangetragen worden.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, nochmals schriftlich eine Auskunft einzuholen. Jedoch müsste die FMG die Kosten für übernehmen.

**Herr Gutt** betont, laut Rücksprache bei der FMG werden keine Mehrkosten übernommen. Auch die Gemeinde Oberding und die Stadt Erding (Auskunft lt. Herrn Wagner) werden keine Mehrkosten übernehmen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** erklärt, der Landkreis sei nicht zuständig, für einen Werksverkehr öffentliche Gelder zur Verfügung zu stellen.

**Kreisrätin Seeger** meint, es könnte nochmals nachgefragt werden, wie viele Leute den Wunsch geäußert haben.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, bei der Fa. Scharf nachzufragen.

**Kreisrätin Dieckmann** stimmt beiden Aussagen zu. Sie spricht sich dafür aus, Mehrkosten nicht vom Landkreis zu finanzieren. Dies sei Aufgabe des Flughafens. Sie denkt aber, es sei für die Mitarbeiter am Flughafen wichtig, nochmals den Bedarf nachzufragen.

**Kreisrätin Bendl** berichtet, bei der Stadtbuslinie gibt es die Erfahrung, dass Fahrgäste immer ihre Wünsche dem Busfahrer mitteilen. Sie fragt, ob bekannt sei, dass Wünsche an die FMG oder die Gemeinde gemeldet werden sollen. Vielleicht sei eine bessere Information notwendig.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, in jedem Fahrplanheft werde auf Seite 1 darauf hingewiesen, dass Herr Gutt im Landratsamt Fragen beantwortet und Wünsche und Beschwerden entgegen nimmt.

**Kreisrat Gruber** stellt fest, dass Mitarbeiter in verschiedenen Firmen am Flughafen arbeiten und natürlich die FMG dafür nicht die Kosten übernehmen möchte.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Flughafen einen Betreiber, die FMG, habe. Angeblich gebe es am Flughafen rd. 240 Schichtmodelle. Alle werden nicht berücksichtigt werden können. Er schlägt vor, beim Busunternehmen nochmals konkret nachzufragen und Aussagen mit der FMG zu klären.

**Zur Linie 512** – Anschlussoptimierung zur Linie 635 am Flughafen merkt **Herr Mersdorf** an, die Taktzeiten der Linie 635 seien im Dezember 2008 um eine Minute verschoben worden, um die Anschlusszeiten zu den Stadtverkehrslinien in Freising zu verbessern. Weitere Änderung seien nicht möglich, ohne andere Anschlussbeziehungen (S 8 und Linie 635) zu vernachlässigen.

**Zu Punkt 5, Linie 531** merkt Herr Mersdorf an, ein Einzelwunsch der Gemeinde Moosinning sei, den Bus um 13.51 Uhr ab Ismaning auf 13.31 Uhr zurück zu verlegen.

**Herr Gutt** sagt, im letzten Jahr sei auf Wunsch die Bedienung der Linie von 13.31 Uhr auf 13.51 Uhr verlegt worden.

**Herr Mersdorf** sagt weiter, zum Fahrplan 2009 sei die Bedienung um 20 Minuten später gelegt worden, damit Schüler nach der 6. Unterrichtsstunde aus München noch einen Anschluss haben. Eine Prüfung durch die RVO in der 21. Kalenderwoche habe ergeben, dass 8 bis 28 Personen die Fahrt nutzen. Eine Änderung müsste auch mit dem Landkreis München abgestimmt werden. *Herr Mersdorf schlägt vor, die Zeitlage nicht wieder zu ändern.*



**Zu Punkt 6, Linie 531** erklärt Herr Mersdorf, ein Einzelwunsch über die Gemeinde Moosinning sei eine Anfahrt der Haltestelle am neuen Gymnasium. Herr Mersdorf verweist auf die Beschlusslage, dass nur Busse, die am Gymnasium vorbeifahren, dort halten dürfen. Die Entfernung von Busparkplatz zum Gymnasium zu Fuß sei zumutbar. *Er sehe keinen Handlungsbedarf.*

**Der Vorsitzende** sagt, die Haltesituation für Busse am Gymnasium sei eng. Wenn dort zusätzliche Busse halten würden, wäre ein Chaos vorprogrammiert.

Büro des Landrats  
BL

**Zu Punkt 7, Linie 531** merkt Herr Mersdorf an, ein Einzelwunsch über die Gemeinde Moosinning sei, das neue Gymnasium bei der Abfahrt Erding (S) um 12.30 Uhr anzufahren. Der zur Kompensation vorgeschlagene Wegfall der Haltestelle Friedhof bringe keine Vorteile, da diese ohnehin nur angefahren wird, wenn ein Fahrgast dies wünscht oder an der Haltestelle steht. Im Übrigen sei die Bedienung des Gymnasiums II aus Zeitgründen ohnehin nicht möglich.

**Zu Punkt 8, Linie 531** sagt Herr Mersdorf, ein Einzelwunsch über die Gemeinde Moosinning sei, die Fahrt um 8.57 Uhr ab Erding drei Minuten später zu legen. Zum Fahrplan 2009 sei die Fahrt um 3 Minuten vorverlegt worden, um die Umsteigebeziehung zur Linie 230 zum Forschungszentrum Garching sicherzustellen. Auf die verlängerte Umsteigezeit in Ismaning (S) sei damals hingewiesen worden. Bei einer Abfahrt um 9.00 Uhr würde sich die Taktfolge zur Linie 230 Richtung Forschungsinstitute Garching verändern. *Es wird deshalb vorgeschlagen, die Anschlussbeziehung zu erhalten.*

**Zu Punkt 9, Linie 531** sei ein Einzelwunsch über die Gemeinde Moosinning, die Haltestelle Friedhof am Morgen bei der Fahrt nach Erding nicht anzufahren. Herr Mersdorf sagt, nachdem die Haltestelle nur bei Bedarf angefahren wird, würde die Streichung keinen Zeitvorteil bringen.

**Zu Punkt 10, Linie 531** merkt Herr Mersdorf an, die Erfüllung dieses Einzelwunsches über die Gemeinde Moosinning würde zur Folge haben, dass die Umsteigebeziehung zur Linie 230 (vgl. zu Punkt 8) wieder schlechter würde.

**Zu Punkt 11, Linie 531/568** sei ein Einzelwunsch über die Gemeinde Moosinning ein Angebot an Sonn- und Feiertagen herzustellen. Herr Mersdorf berichtet, aufgrund rückläufiger Fahrgastzahlen sei der ehemalige Sonntagsbetrieb auf der Linie 531 bereits 1987 eingestellt worden. Zum Fahrplanwechsel 2004 sei auch der Samstagsverkehr mit Bussen wegen rückläufiger Fahrgastzahlen durch das MVV-Ruftaxi 5680 ersetzt worden. Von den angebotenen 13 Bedarfsfahrten an Samstagen werden bisher 10 bis 11 regelmäßig von durchschnittlich zwei Fahrgästen genutzt. Ein Angebot an Sonn- und Feiertagen würde mindestens 23 € pro Fahrt kosten.

**Herr Gutt** merkt an, auf Anfrage habe die Gemeinde Moosinning mitgeteilt, dass sie keine Kosten übernimmt.



**Zu Punkt 12, Linie 562** erklärt **Herr Mersdorf**, es werde vorgeschlagen, die Haltestelle bei der Umrüstung auf den neuen Qualitätsstandard aufzulassen. Eine Umrüstung würde rd. 650 bis 700 € kosten.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, die Haltestelle befindet sich bei der Abzweigung nach Salmannskirchen.

**Kreisrätin Seeger** fragt, warum die Haltestelle eingerichtet worden sei.

**Der Vorsitzende** antwortet, damals seien Schulkinder zugestiegen.

**Zu Nr. 13, Linie 562** merkt **Herr Mersdorf** an, ein Antrag der Gemeinde Taufkirchen im Rahmen der Stellungnahme zum Nahverkehrsplan sei, alle Busse bis zum Krankenhaus und Medizincampus durchfahren zu lassen.

Herr Mersdorf sagt, umlaufbedingt könnten nur die Fahrten Erding (S) um 6.12 Uhr, 6.51 Uhr und 15.51 Uhr an Ferientagen weitergeführt werden. Die Kosten einschließlich der Rückführung nach Erding (S) würden rd. 4.500 € betragen.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Bereich durch den Stadtbusverkehr bedient werde. Der Hauptumsteigebereich sei am Bahnhof, die Verteilung erfolge über die Stadtbusse.

**Herr Gutt** ergänzt, bei den Fahrten um 6.12 Uhr und 6.51 Uhr sei der Medizincampus nicht geöffnet und bei der Fahrt um 15.51 Uhr die Praxen oft wieder geschlossen. Eine Änderung bringe nichts.

**Zu Nr. 14, Linie 562** sagt **Herr Mersdorf**, derzeit fährt an Schultagen bis Hohenpolding die Linie 562. Dort besteht der Anschluss zum Ruftaxi 5621. Der Wunsch der RVO/MVV sei es, an allen Tagen die Umsteigebeziehung mit dem Ruftaxi 5621 bereits in Taufkirchen herzustellen.

**Zu Punkt 15, Linie 568** erklärt Herr Mersdorf, ein Einzelwunsch über die Gemeinde Moosinning sei es, die Abfahrt in Markt Schwaben um 17.49 Uhr auf 17.39 Uhr zu verlegen. Der Bus erreicht Markt Schwaben umlaufbedingt allerdings erst um 17.44 Uhr. Herr Mersdorf sagt, eine zusätzliche Anbindung an die Regionalbahn würde nur mit einem zusätzlichen Bus mit Kosten von rd. 20.000 € möglich sein. *Nachdem keine Zusage der Gemeinde über eine Übernahme der Kosten vorliegt, sei es nicht zu empfehlen, einen zusätzlichen Bus einzusetzen.*

**Kreisrätin Dieckmann** fragt, was „Einzelwunsch“ bedeutet. Sie erinnert, bei der letzten Beratung sei darüber gesprochen worden, bei Einzelwünschen bei den Gemeinden nochmals nachzufragen. Es stellt sich die Frage, wie diese Einzelwünsche behandelt werden sollen.

**Der Vorsitzende** sagt, es sei der Wunsch eines Einzelnen an die Gemeinde herangetragen worden. Er denkt, auch Wünsche Einzelner können sinnvoll sein und sollten im Ausschuss behandelt werden.

**Zu Punkt 16, Linie 568** erklärt **Herr Mersdorf**, laut Bericht des MVV werde gewünscht, Oberneuching am Nachmittag weiterhin mit zu



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

bedienen. Nach Auskunft der Rufbuszentrale seien die Fahrten bisher rege genutzt worden. *Es wird deshalb empfohlen, die Angebote weiter vorzuhalten, zumal Kosten für den Landkreis nur dann entstehen, wenn Fahrten angemeldet werden.*

**Zu Nr. 17, Ruftaxi 5010** merkt Herr Mersdorf an, das Taxiunternehmen Köhler/Rainer habe den Wunsch geäußert, die zusätzlichen Fahrten an Sonntagen ab 7.55 Uhr ab Erding über Wartenberg bis Langenpreising und die Rückfahrt über Zustorf, Berglern nach Erding zu führen.

Auch die Fahrten (S) ab 19.50 Uhr und 20.50 Uhr sollten ab Langenpreising über Zustorf und Berglern nach Erding zurückgeführt werden. Die Kosten würden pauschal 45 € pro Fahrt sein.

Herr Mersdorf stellt fest, die Ringverbindungen könnten mit Kosten von rd. 12.000 € pro Jahr eingerichtet werden. Am Wochenende bestehen im Gegensatz zum Wochenangebot auf beiden Ruftaxenlinien 5010 und 5020 Hin- und Rückfahrangebote, so dass Ringverbindungen nicht zwingend nötig seien. Die Einrichtung würde eine Angebotsverbesserung unter der Woche bedeuten.

**Zu Nr. 18, Ruftaxi 5020** habe das Taxiunternehmen vorgeschlagen, ähnlich wie beim Ruftaxi 5010 am Wochenende Ringverbindungen herzustellen. Herr Mersdorf stellt fest, nachdem am Wochenende auf beiden Ruftaxenlinien 5010 und 5020 Hin- und Rückfahrangebote bestehen, seien Ringverbindungen nicht zwingend nötig.

**Kreisrat Peis** fragt zum Ruftaxi 5010 bei der zusätzlichen Fahrt um 7.55 Uhr am Sonntag früh, ob diese Fahrt wirklich notwendig sei.

Auch **Kreisrätin Dieckmann** meint, es sollte der Bedarf geklärt werden.

**Kreisrat Wiesmaier** fragt, was eine probeweise Einführung bedeutet.

**Der Vorsitzende** antwortet, es sei eine Einführung auf ein Jahr geplant.

**Kreisrat Wiesmaier** möchte wissen, was das Bewertungskriterium für eine Einführung einer Linie sei.

**Der Vorsitzende** sagt, für die Bewertung, ob eine Linie eingeführt oder beibehalten werden solle sei festzustellen, wie viele Fahrten bei einem Anruflinientaxi abgerufen werden bzw. wie viele Personen das Angebot genutzt haben.

**Herr Gutt** merkt an, wenn ein Anruflinientaxi nicht abgerufen wird, kostet es den Landkreis nichts.

**Kreisrat Wiesmaier** fragt, wie viele Gäste mitfahren müssen, damit sich eine Fahrt amortisiert.

**Herr Gutt** erklärt, der kleine Bus kostet z.B. 45 € pro Umlauf.



**Kreisrat Wiesmaier** möchte wissen, was eine Fahrt für einen Fahrgast kostet.

**Herr Gutt** sagt, für eine Fahrt seien zwei Streifen von der Streifenkarte (2,20 €) zu entwerfen.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

**Der Vorsitzende** stellt fest, 2,20 € sei die Einnahme und 45 € die Ausgabe. Er stellt fest, viele Linien seien nicht unbedingt kostendeckend.

Büro des Landrats  
BL

**Herr Mersdorf** sagt, beim Ruftaxi 5010 war 2007 der Deckungsgrad 8,3 %.

**Kreisrätin Seeger** spricht sich dafür aus, den Probelauf auf ein Jahr durchzuführen, nachdem das Risiko gering sei.

Dem stimmen die Ausschussmitglieder zu. **Der Vorsitzende** sagt, im nächsten Jahr sei zu entscheiden, in welchen Fällen die Anruflinientaxis nicht mehr eingesetzt werden sollen und umgekehrt.

**Zu Nr. 19, Linie 5020** erklärt **Herr Mersdorf**, auch ein Wunsch des Taxiunternehmens Köhler/Rainer sei, an schulfreien Tagen als Ersatz für die nicht verkehrende Linie 502 ab Erding um 6.54 Uhr und 13.34 Uhr ein Anruflinientaxi einzurichten. Herr Mersdorf sagt, an Ferientagen sei die Bedienung mit einem ALT möglich. Die Kosten hierfür werden ca. 1.750 €/Jahr sein.

**Herr Gutt** merkt an, es sei davon auszugehen, dass das Angebot in den Ferien für Lehrlinge am Fliegerhorst interessant sei.

**Der Einrichtung wird zugestimmt.**

**Zu Nr. 20, Linie 5310** habe die Gemeinde Moosinning auf Wunsch eines Einzelnen beantragt, das Ruftaxi 5310 bereits in Moosinning einzusetzen, auch nach 19.00 Uhr. Die geschätzten Kosten wären rd. 13.000 €

**Herr Mersdorf** verweist auf den versandten Vorlagebericht und weist darauf hin, der Antrag sei bereits im vorigen Jahr im Ausschuss abgelehnt worden.

**Kreisrat Wiesmaier** merkt an, diesem Wunsch sollte nicht entsprochen werden.

**Kreisrätin Seeger** denkt, mit dem Angebot gäbe es eine Möglichkeit, Moosinning abends anzubinden. Sie spricht sich für eine versuchsweise Einführung aus.

**Der Vorsitzende** sagt, aus Gründen der Gleichbehandlung sollte dem Wunsch nicht entsprochen werden. Der Punkt sollte auch auf nächstes Jahr verschoben werden, wenn die Auswertungen für die anderen Orte vorliegen. Es sei dann zu prüfen, ob generell die Bedienung im Abendverkehr gewährleistet werden solle und eine Bedienung sinnvoll sei.

Dem stimmen die Ausschussmitglieder zu.



**Zu Nr. 21, Rufbus 5311** erklärt **Herr Mersdorf**, auch ein Wunsch des Taxiunternehmens Köhler/Rainer sei es, das Ruftaxi 5311 ab Zengermoos über Brennermühle bis Eicherloh fahren zu lassen. Die Orte Brennermühle und Hinteres Finsingermoos werden derzeit wochentags nur zu Schülerzeitlagen mit der Linie 531 bedient. Für diese Orte wie auch für Eicherloh (abends) wäre eine Anbindung nach Erding mit dem Ruftaxi 5311 möglich.

Die Kosten wären bei Nutzung an allen Tagen rd. 2.500 €/Jahr, wenn das Angebot angenommen wird.

**Kreisrätin Dieckmann** fragt, ob eine Einführung des Angebots probeweise möglich sei.

**Der Vorsitzende** sagt, der Gerechtigkeit wegen sollte der Wunsch nicht verfolgt werden.

**Kreisrat Fischer** denkt, es sei schon zu unterscheiden, ob es Anbindungen nach Erding oder Verbindungen zwischen einzelnen Ortsteilen seien.

**Kreisrat Wiesmaier** stellt fest, nach wie vor habe der Schülerverkehr und die Verbesserung des Taktes Priorität. Beim Auslastungsgrad müsse auch an den ökologischen Faktor gedacht werden. Er schließe sich der Meinung von Kreisrat Fischer an.

**Kreisrätin Seeger** meint, interessant und positiv sei, dass es Wünsche für eine Abendbedienung gibt. Die Bedienung mit Ruftaxis sei deshalb ideal. Ihrer Meinung sollte großzügiger verfahren werden.

**Der Vorsitzende** stimmt der Aussage schon zu. Die Frage sei aber, ob in der Erprobungsphase noch eine Ausweitung vorgenommen werden solle. Bei einer positiven Bewertung könnten im nächsten Jahr weitere Dinge, z.B. eine Bedienung in der Fläche mit weiteren Abendfahrten eingeführt werden. Er schlägt vor, dass Herr Gutt alle Wünsche mit den Abendverkehren mit ALT sammelt und im nächsten Jahr nach der Auswertung des Konzeptes ALT prüfe.

**Kreisrätin Dieckmann** berichtet, vor einigen Wochen sei bei einem Treffen auch davon die Rede gewesen, dass sich für Jugendliche die Frage stellt, gerade am Abend oder Wochenende, wie sie nach Veranstaltungen etc. nach Hause kommen. Dieses Thema betreffe viele Gemeinden und deshalb sollte es dafür eine generelle Vorgehensweise geben.

**Zu Nr. 22, Linie 5050** erklärt **Herr Mersdorf** zu den Theaterfahrten freitags und samstags nach Isen, 2008 sei beschlossen worden, für zwei Jahre auf Probe diese Fahrten einzuführen. Im nächsten Jahr sei darüber zu entscheiden. Bisher seien diese Fahrten nicht überwältigend genutzt worden. Er berichtet, im Februar 2009 haben an einem Freitag zwei Personen das Angebot genutzt. An den Samstagen haben keine Fahrten stattgefunden. Im März 2009 sei an einem Freitag eine Person und an drei Samstagen 1 bis 3 Personen mitgefahren. Eine Entscheidung über die Beibehaltung des Angebots sei im nächsten Jahr zu treffen.



**Zu Nr. 23, Ruftaxi 5620** berichtet Herr Mersdorf, ab Dezember 2008 seien Fahrten ab Taufkirchen um 8.18 Uhr und ab Erding (S) um 18.50 Uhr neu eingerichtet worden. Es habe sich gezeigt, dass die vorausgehende bisher häufig doppelt geführte Fahrt um 6.58 Uhr nunmehr nur noch einmal täglich gefahren werden müsse. Die Fahrt um 18.50 Uhr ab Erding müsse dagegen einige Male doppelt gefahren werden. Dies sei abhängig vom Besuchsverhalten im Bezirkskrankenhaus und von Veranstaltungen in Erding.

**Zu Nr. 24, Ruftaxi 5620** liegen zwei Wünsche über die Gemeinde Bockhorn vor. Herr Mersdorf erklärt, im letzten Jahr sei die Fahrt um 19.50 Uhr ab Erding über Bockhorn geleitet worden. Der Wunsch sei nun, auch die beiden übrigen Fahrten des ALT über Bockhorn zu führen. Nachdem sich das Angebot bewährt habe und mit Mehrkosten kaum zu rechnen sei, werde die Bedienung vorgeschlagen.

**Zu Nr. 25, Ruftaxi 5622** von Taufkirchen nach Gebensbach berichtet Herr Mersdorf, das Angebot gelte zunächst für zwei Jahre. Im Januar 2009 haben vier Fahrgäste auf drei Fahrten das Angebot angenommen. Die Kosten von 8.000 € entstehen zwar nur, wenn die Fahrten genutzt werden. Jedoch seien davon rd. 5.000 € Bereitstellungskosten.

**Kreisrat Wiesmaier** denkt, bei dem Deckungsgrad sollte das Angebot im nächsten Jahr gestrichen werden.

**Zu Nr. 26, Ruftaxi 5650** erklärt **Herr Mersdorf**, nach Aussage des Taxiunternehmens Köhler/Rainer werde die derzeitige Fahrt ab Erding um 22.48 Uhr an Freitagen und Samstagen regelmäßig von nur einer Person genutzt. Die Kosten belaufen sich derzeit auf rd. 3.000 €/Jahr. Er weist darauf hin, dass das Kino in Dorfen geschlossen worden sei und die Jugendlichen Abendveranstaltungen in Erding besuchen. Hierfür fehle derzeit ein Angebot. Das Fahrtangebot um 22.48 Uhr ab Erding sei nicht immer zeitgerecht. Es wird eine spätere Anbindung vorgeschlagen.

**Der Vorsitzende** fragt, wann eine Rückfahrt sein sollte. Es stellt sich die Frage, ob ein späteres Angebot auch sinnvoll sei.

**Kreisrätin Seeger** und **Kreisrätin Dieckmann** schlagen vor, zu versuchen, den Bus eine Stunde später fahren zu lassen. Dabei sollte für das Angebot bei den Jugendlichen Werbung gemacht werden, damit sie auch wissen, dass es dieses Angebot gibt.

**Herr Gutt** sagt, die Jugendlichen bis 16 Jahren dürfen dann nicht mehr mitfahren.

**Der Vorsitzende** merkt an, die Überlegung war, das Angebot „Theaterfahrten“ nach z.B. Aufführungen in der Stadthalle in Erding zur Verfügung zu stellen. Auch das Angebot in Taufkirchen werde nicht angenommen.

**Kreisrat Peis** stellt fest, es gibt viele Wünsche in jeder Gemeinde. Er denkt, die Zahl der Jugendlichen die nach Dorfen wollen und zurückfahren möchten sei relativ überschaubar. Es sollte schon genau analysiert werden, was wirklich notwendig sei. Wenn solchen Fahrtwünschen



entsprochen wird, habe der Landkreis im nächsten Jahr nicht das notwendige Budget. Er findet auch die Vorlage nicht richtig.

**Kreisrätin Dieckmann** sagt, es handelt sich um ein Ruftaxi. Sie gibt aber Kreisrat Peis schon recht, es sollte nachgefragt werden, wie hoch der Bedarf eigentlich sei. Eine Aussage könnte über den Jugendbeauftragten in Dorfen eruiert werden.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, das Angebot bis zum nächsten Jahr zu lassen. Jetzt eine Entscheidung zu treffen sei schwierig.

**Kreisrat Hofstetter** stimmt dem zu, das Angebot sollte noch bis zum nächsten Jahr gelten. Dann sei eine genaue Prüfung wichtig, ob es beibehalten oder eingestellt werde.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, das Angebot zu lassen und die Zeit zu nutzen, um von der Stadt Dorfen und den Gemeinden Taufkirchen und Moosinning sinnvolle Vorschläge zu bekommen.

**Kreisrat Wiesmaier** denkt, das Angebot sollte von den punktuellen Angeboten weggehen und es sollte nach einer Linie verfahren werden. Die Mittel müssen effektiv eingesetzt werden. Er befürchtet, dass noch viele Anträge bezüglich der Ganztagschulen kommen werden. Er schlägt vor, mit den Betroffenen die Situation zu erläutern. Er sei ein Freund von Kostendeckungen. Sollte ein bestimmter Nutzungsgrad nicht erreicht werden, sei das Angebot zu streichen.

**Kreisrat Fischer** merkt an, das Problem sei, dass die Jugendlichen immer später weggehen. Das sollte nicht unbedingt unterstützt werden. Das Angebot sollte für diejenigen sein, die pünktlich zuhause sein wollen. Wenn Kreisrätin Dieckmann eine aussagefähige Abfrage schaffe, sei das gut.

**Kreisrätin Seeger** stellt fest, das Angebot werde nicht genutzt. Das bedeutet, dass die Jugendlichen es zu der Uhrzeit nicht annehmen. Sie denkt es wäre ein Versuch, das Angebot ein Jahr weiterzuführen.

**Kreisrat Wiesmaier** berichtet, die Gemeinde Fraunberg habe zur Volksfestzeit einen Bus mit Rückfahrt bereits um 23.00 Uhr eingesetzt. Anfangs habe es dazu viel Kritik gegeben. Mittlerweile werde der Bus voll genutzt. Er denkt es sei schon die Frage, inwieweit die Politik Vorgaben macht, die sinnvoll erscheinen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, der Punkt Nr. 26, Ruftaxi 5650 sei auch für die Beurteilung im nächsten Jahr vorzumerken.

**Zu Nr. 27, Ruftaxi 5680** erklärt **Herr Mersdorf**, vom Taxiunternehmen Köhler/Rainer werden Sonntagsfahrangebote zwischen Markt Schwaben und Erding vorgeschlagen. Ab Dezember 2003 sei das Sonntagsfahrangebot auf der Linie 568 wegen geringer Besetzung von durchschnittlich drei Fahrgästen pro Fahrt eingestellt worden.

Wenn probeweise drei über den Sonntag verteilte Fahrtenpaare eingerichtet würden, wären Kosten von ca. 7.200 € pro Jahr erforderlich.



Herr Mersdorf berichtet, das Angebot von Montag bis Samstag im April 2009 haben z.B. bei 152 Fahrten im Angebot, 189 Fahrgäste bei 107 Fahrten genutzt.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, diese Thematik auch im nächsten Jahr zu prüfen.

**Kreisrat Gruber** fragt, warum so viele Fahrgäste mitfahren. Zwischen den Orten gebe es doch den S-Bahnverkehr.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Herr Gutt** erklärt, die S-Bahn verkehre zwischen Erding – Markt Schwaben. Das ALT fährt Erding, Lüß, Neufinsing, eine Strecke, die die S-Bahn nicht bedient.

**Zu Nr. 28, Linie 568** merkt **Herr Mersdorf** an, das Taxiunternehmen Köhler/Rainer habe eine zu große Angebotslücke montags bis freitags zwischen 7 Uhr und 12 Uhr festgestellt. Herr Mersdorf sagt, ab Dezember 2006 sei ein bis dahin bestehendes Fahrtenpaar wegen geringer Nutzung eingestellt worden.

Beim Einsatz eines Kleinbusses von der ROV würden sich die Kosten auf ca. 13.500 € im Jahr belaufen, ein Taxi würde pauschal 38 € je Fahrtenpaar kosten (rd. 9.500 €).

**Der Vorsitzende** sagt, es sollte bei den nächsten Vertragsverlängerungen eine Prüfung durchgeführt werden. Er plädiert dafür, dass jeder Unternehmer die generelle Zustimmung gibt, wenn er eine Bedienung mit ALT nicht sicherstellen kann, dass andere Taxiunternehmen die Bedienung durchführen dürfen. Er schlägt vor, eine Prüfung 2010 durchzuführen und zu beraten.

**Herr Gutt** merkt an, die RVO müsste dem Einsatz eines ALT zustimmen.

**Kreisrat Peis** merkt an, die Lücke zwischen 7 Uhr und 12 Uhr sei groß, es sollte ein begrenztes Angebot für Einkaufsfahrten und Fahrten zum Arzt für ältere Leute gemacht werden.

**Kreisrätin Dieckmann** weist auf den Runden Tisch zum Thema Schülerbeförderung am kommenden Donnerstag hin. Es sei bei den beiden Veranstaltungen zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans festgestellt worden, dass der meiste Bedarf sich bei der Schülerbeförderung ergebe. Sie befürchtet, dass das Ergebnis und Anregungen des Runden Tisches nicht mehr in den neuen Fahrplan eingearbeitet werden können. Die Information haben die Schulen so nicht gehabt.

**Der Vorsitzende** bestätigt, Anregungen können nicht mehr eingearbeitet werden.

**Herr Gutt** sagt, die erste Veranstaltung sei für den Nahverkehrsplan angekündigt gewesen. Der Runde Tisch sei ein Folgetermin dazu. Für den Fahrplan gebe es vier Monate Vorlaufzeit. Sollte aufgrund des Gespräches ein kurzfristiger Handlungsbedarf sein, könnten z.B. immer noch Verstärkerbusse eingesetzt werden, die im Fahrplan nicht

abgedruckt werden. Die Struktur könne jedoch nicht mehr geändert werden.

**Kreisrätin Dieckmann** merkt an, es geht z.B. um die Linie 512 vom neuen Gymnasium nach dem Schulende.

**Der Vorsitzende** sagt, Vorschläge sollten dem MVV frühzeitig zur Prüfung vorgelegt werden. Der Fahrplan müsse jetzt gedruckt werden. Die Termine seien schon einzuhalten.

**Kreisrätin Dieckmann** sagt, zum Thema Schülerbeförderung sei vom Landratsamt eingeladen worden.

**Herr Gutt** sagt, es sei zum Thema Fortschreibung Nahverkehrsplan und nicht zum Thema Schülerbeförderung, Fahrplanwechsel 2010 eingeladen worden.

**Kreisrat Wiesmaier** stellt fest, sollte erkennbar sein, dass es einen Handlungsbedarf gibt, gebe es immer noch die Möglichkeit mit den Verstärkerbussen.

**Der Vorsitzende** sagt, Verstärkerbusse werden entsprechend dem Bedarf nach Meldungen der Schulen bereitgestellt.

Er empfiehlt Kreisrätin Dieckmann, ihre Anmerkungen Herrn Mersdorf zur Prüfung mitzugeben.

**Kreisrätin Seeger** fragt, ob die Personen oder Antragsteller vom Landratsamt benachrichtigt werden, welche Entscheidung heute getroffen worden sei.

**Der Vorsitzende** sagt, in vielen Fällen seien Anträge über die Gemeinde eingereicht worden und Adressen nicht bekannt.

**Herr Gutt** sagt, wenn eine Gemeinde einen Antrag gestellt hat, werde der Gemeinde eine Mitteilung gegeben.

**Kreisrat Fischer** stellt fest, bisher habe die Vorgehensweise gut funktioniert, wenn Gemeinden nachgefragt haben. Er denkt, der Verwaltungsaufwand, alle Antragsteller zu benachrichtigen, wäre sehr groß. Das sollte vermieden werden.

**Der Vorsitzende** stimmt der Aussage von Kreisrätin Seeger schon zu. Er schlägt vor, die Gemeinden sollten verständigt werden. Die Gemeinden werden gebeten, Auskünfte dann an die Antragsteller weiterzugeben.

Damit besteht allgemein Einverständnis.

Aufgrund der vorangegangenen Diskussion bringt der Vorsitzende folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

StrVU/0027-14

Die Punkte 14, 17 und 19 werden umgesetzt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Herr Gutt** berichtet noch, die Gemeinde Langenbach habe beim Landkreis Freising die Anbindung der Gemeinde Langenbach an den Flughafen beantragt. Der Landkreis Freising habe beschlossen, dass die Gemeinde Langenbach die Kosten selber zu übernehmen habe.

Herr Gutt erklärt, für den Landkreis Erding bringt diese Linie relativ wenig. Wenn die Gemeinde Langenbach eine Umsetzung möchte, müsste der Landkreis Erding zustimmen, sollte aber keine Kosten übernehmen.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, der Landkreis Erding schließe sich dem Votum des Landkreises Freising an  
(Abstimmungsergebnis: Annahme mit 12 : 0 Stimmen.)

## **2. Kreisstraßen Baumaßnahmen an Kreisstraßen Vorlage: 2009/0531**

**Der Vorsitzende** begrüßt Herrn Brand und Herrn Otmann vom Staatlichen Bauamt Freising.

Er erklärt, die vorgeschlagenen Maßnahmen für 2010 seien den Ausschussmitgliedern bekannt und bereits geplant worden.

Die Maßnahme ED 02, Deckenbau Landkreisgrenze – St 2330 mit Ausbau OD Froschbach und OD Burgharting sollte weiter geprüft werden.

Die Maßnahme ED 04, Geh- und Radweg St. Kolomann sei mit der Gemeinde besprochen und sollte möglichst schnell umgesetzt werden.

Der Ausbau ED 13, Hampersdorf – Wambach, 2. Bauabschnitt – Ausbau von ED 26 bis Moos sei mit der Gemeinde so besprochen worden.

Die ED 20, Ausbau OD Buch a. Buchrain nördlich und südlich der St 2332 sei eine Folgemaßnahme und soll durchgeführt werden.

Weiter sei es sinnvoll, die Maßnahme ED 26 – Ausbau OD Itzling; Einmündung in die ED 01 aufzunehmen.

Er erklärt, die Maßnahme ED 12 Isen, Verlegung der Kreisstraße und Umbau der Anbindung an die St 2086 sei schon lange Thema. Nach langem Hin und Her über die geeignete Trasse sei das Problem, dass auf dem Bereich des Bahnkörpers eine Übernahme möglicher Altlasten zu klären sei. Damit die Interessen des Landkreises berücksichtigt werden, sei eine Kanzlei eingeschaltet worden. Der Grunderwerb könnte relativ bald durchgeführt werden. Diese Maßnahme sei die dringendste Maßnahme.

Die Ausschreibungsunterlagen werden 2009 noch erstellt. Er fragt Bürgermeister Fischer, ob mit dem Baubeginn 2010 Einverständnis besteht.

**Kreisrat und Bürgermeister Fischer** stimmt dem so zu.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Bei der ED 18 bei Sankt Wolfgang, Knotenumbau mit der B 15 zu einem Kreisverkehrsplatz mit Verlegung der Kreisstraße sei der Baubeginn 2013 geplant. **Der Vorsitzende** betont, damit sei er nicht einverstanden. Der Bereich stelle seit Jahren eine Gefahrensituation dar. Vor einigen Jahren habe sich ein tödlicher Unfall ereignet. Nachdem der Grunderwerb leider nicht freihändig möglich sei, bedeutet es für das Straßenbauamt, im Wege des Planfeststellungsverfahrens die Grundlagen zu erarbeiten. Er denkt, in eineinhalb bis eindreiviertel Jahren sei das zu schaffen. Ein Umbau der Maßnahme sei 2011 möglich.

**Herr Brand** merkt an, der Zeitpunkt 2011 sei ein sehr optimistisches Ziel.

**Herr Otmann** ergänzt, bisher seien die kompletten Unterlagen (landschaftspflegerische Begleitpläne müssen noch erstellt werden, etc.) noch nicht vorhanden. Die beiden maßgeblichen Grundstückseigentümer signalisieren seit gut einem Jahr, dass sie mit der Maßnahme nicht einverstanden sind.

**Der Vorsitzende** bittet schon darum, die zeitliche Vorverlagerung mit allen notwendigen Dingen bei der ED 18 Sankt Wolfgang, Knotenumbau mit der B 15 schnell zu erledigen, weil feststeht, dass eine Umplanung nur im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens möglich sei.

**Kreisrätin Seeger** fragt zur ED 04, Geh- und Radweg St. Kolomann, ob es sicher sei, dass die S-Bahnstrecke nach Norden verschoben werden soll. Sie fragt, warum auch der Haltepunkt nach Norden verschoben werden soll.

**Herr Brand** erklärt, aufgrund der Verschiebung des S-Bahnhaltepunktes nach Norden seien die wegfallenden Fahrradstellplätze durch einen Neubau durch die Gemeinde zu ersetzen. Der Landkreis beabsichtigt dabei auch, die bestehende Radwegverbindung aus Richtung Wörth verkehrssicherer auszubauen.

**Herr Otmann** ergänzt, in dem Bereich soll ein 2. Gleis gebaut werden, weil Ausweichverkehre für die S-Bahn notwendig seien. Um das zweite Gleis anschließen zu können, sei es notwendig, aus bahnbetrieblichen Gründen den Haltepunkt nach Norden zu verlegen.

**Der Vorsitzende** zeigt den Bereich, wo der Geh- und Radweg gebaut werden soll, der dann eine sichere Querung bedeuten würde. Es sei geplant, entlang auf der Südseite den Geh- und Radweg fortzusetzen. Derzeit gebe es dort keinen Geh- und Radweg. Die Gemeinde Wörth müsse den Grunderwerb im Norden noch tätigen.

Weiter verweist der Vorsitzende auf die letzte Seite der versandten Vorlage „Planungsprogramm“.

Er merkt an, dabei sei bewusst keine Jahreszahl für die Verwirklichung angegeben worden. Bei der Nordumfahrung Erding sei derzeit weder die Trassierung noch das Volumen bekannt. Klar sei, dass die Nordumfahrung höchste Priorität habe und sich der Landkreis nicht auf eine Jahreszahl beschränken wolle, sondern die Maßnahme



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

schnellstmöglich umsetzen möchte. Die Verkehrsbefragungen haben bereits stattgefunden. Die Auswertung erfolgt derzeit. Er denkt, dass heuer noch die Trassierung festgelegt und die notwendigen Beschlüsse gefasst werden.

Nachdem in den letzten Tagen dazu einiges in der Presse zu lesen war, stellt er fest, dass 5 Mio € aus dem Umlandfond fest für die Nordumfahrung zugesagt worden sind. Auch der Landkreis Freising habe die Zusage von 5 Mio € für die Westumfahrung Freising erhalten, beide Zusagen seien unabhängig von der 3. Start- und Landebahn. Die Verteilung der weiteren 40 Mio € für Straßenbaumaßnahmen seien derzeit aufgrund der Tatsache, dass Freising andere Überlegung angestellt hat, noch nicht fest geregelt.

**Herr Otmann** stimmt der Feststellung zu.

**Kreisrat Wiesmaier** denkt, die Aussage sei wichtig, wenn der Planungsstand so weit sei, dass die Nordumfahrung an 1. Stelle stehe und den Vorzug habe. Das Schlimmste was sein könnte wäre, wenn zugesagte Mittel aufgrund der Nichtumsetzung oder Hinauszögerung der Maßnahme nicht gezahlt würden. Natürlich sei es wichtig, dass bei der Trassenbestimmung alle mit einbezogen werden.

**Kreisrat Fischer** merkt an, unabhängig davon sei er immer noch der Meinung, dass alle Gemeinden einen kleinen Strukturausgleich über den Umlandfond bekommen sollten.

**Der Vorsitzende** antwortet, das sei rechtlich nicht darstellbar.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Vorsitzende bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

StrVU/0028-14

1. Vorbehaltlich der durch den Kreistag bereitzustellenden Mittel für den Straßenbau sind im Jahr 2010 die Straßen- und Radwegbaumaßnahmen mit den laufenden Nummern 1 bis 6 der beiliegenden Liste durchzuführen.
2. Dem Kreistag wird empfohlen, hierfür im Haushalt 2010 Mittel in Höhe von 2.158.000 € bereitzustellen.
3. Das Staatliche Bauamt Freising wird beauftragt, die Straßenbaumaßnahmen im Jahr 2010 abzuwickeln.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

**Der Vorsitzende** fordert das Staatliche Bauamt Freising auf, den Baubeginn bei der Maßnahme ED 18, bei St. Wolfgang, Knotenumbau mit der B 15 auf 2011 festzulegen.



LANDKREIS  
ERDING

Büro des Landrats  
BL

**3. Kreisstraßen**  
**Neubau eines Geh- und Radweges in Hofstarring (Gemeinde Steinkirchen) an der Kreisstraße ED 28**  
**Vorlage: 2009/0530**

**Der Vorsitzende** berichtet, ursprünglich sei der Beschluss gefasst worden, den Geh- und Radweg auf der nördlichen Seite der ED 28 anzuordnen.

**Herr Brand** erklärt, Bürgermeisterin Eibl habe gebeten, zu prüfen, ob der Bau des Geh- und Radweges auch auf der südlichen Seite möglich wäre, weil der Grunderwerb sich auf der nördlichen Seite schwierig gestalte.

Die südliche Variante hätte den Vorteil, dass im Bereich der Ortschaft der Geh- und Radweg auf der Seite der Anwesen zu liegen käme. Es befindet sich jedoch auf der südlichen Seite ein kleines Wäldchen, das für den Bau des Geh- und Radweges entsprechend zurückgenommen werden müsste. Die Strecke wäre insgesamt länger und die Maßnahme würde, bedingt durch die Baulänge ca. 25.000 € mehr kosten.

**Der Vorsitzende** ergänzt, bisher sei eine Beteiligung der Gemeinde bei den Kosten nicht vorgesehen. Inzwischen gebe es seit Mai 2009 neue Ortsdurchfahrtsrichtlinien, in denen die Beteiligung von den Gemeinden vorgesehen sei.

**Herr Brand** erklärt, in den Ortsdurchfahrtsrichtlinien steht, dass der Bund empfiehlt, bei Staats- und Kreisstraßen die Gemeinden bei den Kosten 50/50 zu beteiligen. Es gebe die Auflage, dass Geh- und Radwege grundsätzlich innerorts vermieden werden sollen.

In Nr. 12 a steht, dass die Anlage eines gemeinsamen Geh- und Radweges nur in Betracht gezogen werden darf, wenn in einer Vereinbarung geregelt sei, dass die Herstellungskosten aufgeteilt werden.

**Der Vorsitzende** merkt an, es stellt sich die Frage, ob es sich um einen sog. Altfall handelt oder nicht. Mit Schreiben vom 22.01.2009 sei der Gemeinde vom Staatlichen Bauamt Freising noch mitgeteilt worden: „Nach Rücksprache mit Herrn Landrat Bayerstorfer können wir Ihnen Folgendes mitteilen: Der Landkreis ist gerne bereit, den Bau eines Geh- und Radweges an der Kreisstraße ED 28 zwischen Hofstarring und Steinkirchen aufzunehmen, wenn die Gemeinde folgende Voraussetzungen schafft: Die Gemeinde tätigt den Grunderwerb und stellt diesen sicher. Hierzu reichen zur Planungssicherheit Bauerlaubnisse aus. Sinnvoll wäre, von Hofstarring in Richtung Steinkirchen am rechten Fahrbahnrand ein Streifen von 5 m. Im Ortsbereich von Hofstarring sollte der Geländeanstieg berücksichtigt werden. Wenn die Gemeinde positive Grunderwerbsverhandlungen vermelden kann, wird der Landkreis mit den Planungen beginnen und den Geh- und Radweg ins Bauprogramm aufnehmen.“

Er bittet um ein Votum, wie weiter verfahren werden soll.

**Kreisrätin Seeger** fragt, ob der Landkreis die Wahl habe.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Wiesmaier** meint, grundsätzlich sei der Ausbau von Geh- und Radwegen wichtig. Der Landkreis müsse versuchen, die Anträge zu unterstützen. Er denkt, dies sei ein Einzelfall und der Landkreis sei mit dem Schreiben schon eine Verlässlichkeit eingegangen. Er fragt, ob dieser Altfall auch zuschussfähig sei. Er bittet darum, das Ganze positiv darzustellen, damit sich die Gemeinde die Maßnahme leisten könne. Die Gemeinde hätte eine ganz andere Darstellung der Finanzierung. Er denkt, der Grunderwerb kostet den Gemeinden auch Geld.

**Herr Brand** sagt, nach Rücksprache mit der Regierung von Obb sei die Vorgehensweise nicht zuwendungsschädlich.

**Kreisrat Peis** schließt sich der Aussage von Kreisrat Wiesmaier an. Eine gewisse Verlässlichkeit für die Gemeinden müsse schon sein. Er glaubt, dass es sich um einen Altfall handelt, der nicht in jeder Gemeinde vorkommen wird.

Auch **der Vorsitzende** denkt, nachdem in dem Fall die Zusage gemacht worden sei, sollte der Ausführung zugestimmt werden. Für kommende Anträge gelten die neuen Richtlinien.

**Kreisrätin Seeger** unterstützt den Ausbau von Geh- und Radwegen. Der Landkreis sei berechenbarer, wenn Zusagen auch eingehalten werden.

**Kreisrat Fischer** bittet aufgrund der Sachlage dann um einen Termin bei Herrn Landrat. Es stellt sich die Frage, was seien Zusagen und was nicht.

**Der Vorsitzende** kennt die Maßnahme (Bahntrasse), die Kreisrat Fischer meint. Die Maßnahme liege außerorts und sei somit nicht betroffen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

StrVU/0029-14

1. Der Ausschuss stimmt dem Bau des Geh- und Radweges an der ED 28 zwischen Steinkirchen und Hofstarring in der **südlichen** Variante zu.
2. Für das Vorhaben gilt die alte Kostenteilung. Der Landkreis übernimmt innerorts die Kosten.

Bei künftigen Anträgen sind die neuen Ortsdurchfahrtsrichtlinien anzuwenden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

### **3.1. Kreisstraßen** **ED 05; Deckensanierung in der Ortsdurchfahrt Moosinning**

**Der Vorsitzende** verweist auf den zusätzlichen dringlichen Tagesordnungspunkt.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Herr Otmann** erklärt, es sei geplant gewesen, die Fahrbahndecke auf der ED 5 zu erneuern und die Entwässerungsanlage zu sanieren. Dazu sei ein Zuwendungsantrag gestellt worden. Die Gemeinschaftsmaßnahme sei als förderfähig anerkannt worden. Nun ergeben sich im Bereich des Deckenbaus rd. 24.000 € Mehrkosten, davon rd. 8.000 € an AZV Moosrain. Die Mehrkosten resultieren aufgrund der detaillierten Planung, weil Leistungen anfallen, die vorher nicht notwendig waren. Weiter sei bei der Erarbeitung der Ausführungsunterlagen festgestellt worden, dass eine Position mit 4.000 € bei der Kostenaufstellung ganz vergessen worden sei.

Herr Otmann erklärt weiter, die Kosten seien insgesamt sehr großzügig geschätzt worden. Er denkt, dass sich vielleicht aufgrund der Ausschreibungsergebnisse günstigere Preise ergeben werden. Er erklärt, bei der Erneuerung der Fahrbahn ergeben sich aufgrund von mehreren nötig gewordenen kleineren Planungsänderungen Mehrkosten von 16.000 € (brutto). Für die Erneuerung der Entwässerungseinrichtung sei seine Summe von 68.000 € eingeplant gewesen, mittlerweile werden die Kosten auf rd. 188.000 € (brutto) geschätzt. Die Ursache sei ein völlig geändertes Entwässerungskonzept. In Gesprächen mit dem AZV Erdinger Moos sei festgestellt worden, dass das geplante Konzept vollständig geändert werden müsse. Nunmehr sei geplant, das gesamte Straßenwasser an mehreren Stellen in den Mischwasserkanal des AZV Erdinger Moos einzuleiten. Erst letzte Woche seien die Daten dazu eingegangen. Der Baubeginn der Maßnahme sei für September 2009 geplant. Die Mehrkosten seien überwiegend nicht zuwendungsfähig. Nur im Bereich des neu herzustellenden Geh- und Radweges werden die Entwässerungseinrichtungen neu errichtet. Der Bereich werden mit ca. 15.000 € gefördert. Letztendlich müssen rd. 173.000 € zusätzlich aufgebracht werden.

**Kreisrat Peis** fragt, wo das Niederschlagswasser bisher eingeleitet worden sei.

**Herr Otmann** sagt, das Niederschlagswasser sei ungefiltert in den Bleichbach eingeleitet worden.

**Kreisrat Jobst** merkt an, er sei der Meinung gewesen, dass der AZV dazu tendiert, Abwasser und Niederschlagswasser zu trennen.

**Herr Brand** erklärt, die Vereinbarung sei sehr alt. Es sei damals schon berücksichtigt worden, dass das Mischwasser in den Mischwasserkanal geleitet wird. Die Rohre seien so dimensioniert, dass das Abwasser der Kreisstraße nicht aufgenommen werden kann. Es müssen zusätzliche Arbeiten am Kanal des AZV gemacht werden.

**Kreisrätin Seeger** fragt, warum dem AZV das nicht bekannt gewesen sei. Es müssen doch Pläne, etc. vorliegen.

**Herr Brand** meint, hätte der AZV das eher gesagt, wären die Kosten von Anfang an so hoch gewesen. Diese Dinge seien über 30 Jahre alt. Es kann passieren, dass Unterlagen nicht so weit zurück verfolgt werden.



**Kreisrätin Seeger** meint, das sei ärgerlich. Es passiert immer wieder, dass Maßnahmen geplant werden und im Nachhinein größere Summen erforderlich werden.

**Kreisrätin Bendl** fragt, ob die Mehrkosten, die nicht zuwendungsfähig sind, vorher zuwendungsfähig gewesen wären.

**Herr Brand** antwortet, daran ändere sich nichts weder bei den tatsächlichen Kosten noch beim Zuschuss.

**Kreisrat Wiesmaier** fragt, welche Kosten der AZV Erdinger Moos übernimmt.

**Herr Brand** sagt, der Kanal werde angebohrt, um die Einleitung herzustellen. Die notwendigen Kosten seien für die Einleitung von rd. 50 Straßeneinläufen.

**Der Vorsitzende** fragt, ob es nicht günstiger wäre, einen Kanal parallel zu bauen mit einer Einleitungsstelle.

**Herr Otmann** sagt, auch das sei geprüft worden. Die Kosten wären noch höher.

**Kreisrat Jobst** denkt, ein separater Kanal könnte kleiner dimensioniert werden, dann wäre auch die Einleitung günstiger.

**Kreisrat Wiesmaier** fragt, ob die Einleitungsfrachten berechnet worden sind und ob laufende Kosten entstehen.

**Der Vorsitzende** erklärt, mit dem AZV sei eine Vereinbarung geschlossen worden. Der Landkreis habe sich beim Bau des Kanals beteiligt. Der Landkreis habe praktisch über 30 Jahre das Recht zur Einleitung gehabt, aber nicht genutzt.

**Kreisrat Wiesmaier** stellt fest, das Wasserwirtschaftsamt habe die Vorgabe gemacht, dass bei einem Neubau oder der Veränderung einer Straße die Einleitung in das Mischwassersystem zu erfolgen habe. Er fragt, ob die Vorgabe bayernweit gelte.

**Herr Brand** merkt an, in den nicht geklärten Fällen sei ein separater Kanal zu führen, der sehr teuer sei.

**Der Vorsitzende** erklärt, es gibt keine Möglichkeit für den Landkreis, eine wasserrechtliche Genehmigung zu bekommen, künftig weiter in den Bleichbach einleiten zu dürfen. Straßenwasser sei mit Schmutz belastet und müsse einer Kläranlage zugeführt werden. Deswegen sei nur die Alternative zu prüfen, einen Parallelkanal mit einer Sammelstelle für die Einleitung zu planen. Jedoch würde ein Parallelkanal relativ viel Geld kosten. Eine andere Entsorgung des Straßenabwassers sei nicht zulässig.

Er bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

StrVU/0030-14

Die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 121.000,- € für die Straßenbaumaßnahme ED 05 Moosinning (Neuchinger Straße) werden genehmigt.

Die Deckung der überplanmäßigen Ausgaben erfolgt durch die Mehreinnahmen aus dem Verkauf eines Grundstücks.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 1 Stimmen.**  
(Gegenstimme: KR Wiesmaier)



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

#### **4. Kreisstraßen Verkehrsuntersuchung; Verbesserung der verkehrlichen Anbindung des nordöstlichen Landkreises; Aktualisierung Vorlage: 2009/0532**

**Der Vorsitzende** erklärt, der Landkreis habe im Juni 2007 ein Verkehrsgutachten für die „Verbesserung der verkehrlichen Anbindung des nordöstlichen Landkreises“ in Auftrag gegeben.

Heute werde Herr Engelhardt einen aktuellen Sachstandsbericht geben.

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Engelhardt und bittet ihn um kurze Darstellung des vorgelegten Gutachtens.

**Herr Engelhardt** erklärt, im Gutachten seien die Verkehrsbelastung und die Verkehrsströme ermittelt worden. Daraus sei festzustellen, welche verkehrlichen Wirkungen sich ergeben.

Er erklärt anhand einer Beamerpräsentation das an die Ausschussmitglieder verteilte Gutachten.

**Kreisrat Gruber** fragt, was der Unterschied zwischen beruflichen Fahrten und Fahrten zur Arbeit sei.

**Herr Engelhardt** sagt, mit den Fahrten zur Arbeit seien die Pendler gemeint, die Richtung Arbeitstelle fahren. Mit den beruflichen Fahrten seien die Verkehre gemeint, die beruflich während der Arbeitszeit fahren. Es zeigt sich, dass aus dem Bereich Wartenberg die Flughafenanbindung relativ wenig gefragt sei.

**Kreisrätin Seeger** fragt, ob die Feststellung richtig sei, dass aus dem nordöstlichen Bereich des Landkreises wenig Interesse besteht, zum Flughafen zu kommen.

**Der Vorsitzende** sagt, auf diesen Straßen ja.

**Kreisrat Hofstetter** weist darauf hin, dass die Straße bei Wartenberg (Allee) auch für den Lkw-Verkehr gesperrt sei. Dies sei mit ein Grund für das geringe Interesse.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Wiesmaier** weist darauf hin, der Untersuchungsbereich beinhaltet im Gemeindebereich Fraunberg auch nicht den Ort Grucking mit der Abzweigung B 388. Dort findet sehr wohl ein großer Querverkehr Richtung Flughafen statt.

**Der Vorsitzende** sagt, der Bereich sei nicht im Untersuchungsraum beinhaltet, sei aber für den Bau der Nordumfahrung zu bewerten.

Er erinnert, die Überlegung war, die Nordumfahrung sei sinnvoll, notwendig und wichtig. Aber mit der Nordumfahrung allein werden nicht alle Straßenbauthemen im Landkreis gelöst. Ein Beispiel sei der Norden des Landkreises. Nachdem seit Erstellung des Gutachtens zwei Jahre vergangen sind und sich vielleicht Änderungen ergeben haben, war die Überlegung darzustellen, ob sich gravierend etwas geändert habe. Das habe Herr Engelhard heute beantwortet. Die Grundannahmen stimmen noch. Die nächste Fortschreibung und Bewertung sei notwendig, wenn die Trasse der Nordumfahrung festgelegt sei.

**Kreisrat Wiesmaier** denkt, es sei wichtig mit dieser Untersuchung festzustellen, dass für den nordöstlichen Landkreis eine Nordumfahrung notwendig sei.

Weiter sei die Feststellung notwendig, dass der Ziel- und Quellverkehr Wartenbergs zeigt, dass eine Westumfahrung von Wartenberg nicht die Lösung für den innerörtlichen Verkehr sei, was immer wieder intensiv diskutiert wird.

**Herr Engelhardt** weist darauf hin, er habe in das Gutachten zwei Seiten eingefügt, welche Änderungen sich in der Zwischenzeit ergeben haben und Gedankenansatzpunkte zusammengestellt.

**Kreisrätin Seeger** stellt fest, die Leute seien befragt worden und wollten nicht zum Flughafen fahren, obwohl zum Flughafen der Verkehr groß sei.

**Der Vorsitzende** sagt, dieser Verkehr findet nicht auf den Straßen statt, die untersucht worden sind, sondern auch auf Gemeindeverbindungsstraßen (Unterstrogn abzweigend von der B 388 über Grucking, Tittenkofen mit der kurzen Anbindung über Eichenkofen, Eitting zum Flughafen). Der Bereich sei nicht mit erfasst worden. Es sei festzustellen, auf diesen Straßen sei wenig Verkehr zum Flughafen. Er berichtet, es laufen noch die Voruntersuchungen für die Nordumfahrung.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Engelhardt für Vorstellung.

## **5. Energiekonzept Landkreis Erding** **Vorlage: 2009/0510**

**Der Vorsitzende** erklärt, die Beauftragung eines Büros für die Erstellung eines Teilkonzeptes für das Kommunale Energiemanagement für die Gebäude des Landkreises Erding sei in der letzten Bauausschusssitzung am 02.07. bereits behandelt worden.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Dabei sei vorgeschlagen worden, eine Bestandsaufnahme der Gebäude durchzuführen, um entsprechende Energienutzungspläne zu haben. Es sei dazu die Firma RBM beauftragt worden, die Ausschreibungskonzeption zu erstellen.

In der Zwischenzeit haben sich ein paar Grundannahmen ganz anders dargestellt. Der Landkreis kann das Energiekonzept erstellen lassen, aber die Förderung des Bundesumweltministeriums für die Konzepterstellung sei eingestellt worden.

Er berichtet, parallel dazu haben sich einige Gemeinden eigenständig dazu entschlossen (Eitting, Oberding, Moosinning) und auch die Gemeinde Taufkirchen ein Konzept ausarbeiten zu lassen. Es stellt sich die Frage, inwieweit der Landkreis steuernd mit dabei sein könnte. Rechtlich gesehen habe der Landkreis allerdings keine Zuständigkeit.

Er bietet an, eine Art koordinierende Stelle im Landratsamt einzurichten, ähnlich wie bei DSL. Sollte der Landkreis als Auftraggeber auftreten, würden Kosten von rd. 450.000 € bis 550.000 € notwendig, für die es keine Förderung mehr gibt.

**Herr Brandl** merkt an, bis zum 13.05.2009 habe es die Förderung gegeben. Er habe sich dagegen gewehrt und den Bayer. Landkreistag eingeschaltet. Die Aussage sei, dass es keine Förderung mehr gibt, weil die Befürchtung einer Doppelförderung besteht.

Er denkt, der Landkreis habe mit Beschluss vom 24.11.2008 dem Antrag der CSU-Fraktion auf Erarbeitung eines Energiekonzeptes für den Landkreis Erding zugestimmt und etwas in Gang gesetzt, das es in ganz Bayern nicht gibt. Der Landkreis Ebersberg bekommt Gelder der EU. Der Landkreis Mühldorf habe flächendeckend einen Energieatlas erstellt, den es aber nur in Papierform gibt. Der Erkenntnisgewinn sei durchwachsen.

Der Landkreis habe mit dem Energiekonzept die Vorarbeiten für die Kommunen erledigen wollen, um Datenmaterial dann den Kommunen zur Verfügung zu stellen.

Es sei auch bei der Bezuschussung immer die Frage gewesen, in welche Projekte das mündet.

Er erklärt, verfügbare Büros haben Probleme bezüglich der Auslastung und der zeitlichen Kapazitäten.

Herr Brandl behauptet, alle, die Leistungen erbringen seien Investoren.

Eine künftig anzuwendende Methodik werde derzeit wissenschaftlich vom Lehrstuhl Prof. Hausladen im Auftrag des Bayer. Umweltministeriums erarbeitet und soll im Herbst 2009 als Leitfaden vorliegen. Der Leistungsumfang sei absolut undefiniert.

**Der Vorsitzende** fragt nach dem weiteren Vorgehen. Sei es gewünscht, dass das Landratsamt koordinierend einwirke und auch der Datenabgleich zusammengefasst und abgestimmt werde.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Fischer** denkt, die Beschlussvorlage sei ein Offenbarungseid. Er spricht sich nach wie vor gegen eine Koordinierung aus. Er denkt, jede Gemeinde sollte das selber für sich machen. Für die Gemeinde Isen sei ein Jahr verloren gegangen, weil sie sich darauf verlassen habe, dass sie vom Landkreis Daten bekommt. Er schlägt vor, das Thema in einer Bürgermeister-Dienstbesprechung zu besprechen. Es sei nicht die Aufgabe des Kreistages, über die Gemeinden zu bestimmen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass erst am 24.11.2008 im Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt über den Antrag der CSU-Fraktion auf Erarbeitung eines Energiekonzeptes beraten und dem Antrag mehrheitlich zugestimmt worden sei.

**Kreisrätin Seeger** denkt, es sei nicht Absicht gewesen, die Gemeinden zu behindern. Wenn sich die Gemeinden zusammenschließen und dafür eine Förderung bekommen, sei das gut. Sie meint, der Landkreis sollte den Weg weiter gehen und das Energiekonzept nicht von einem Zuschuss abhängig machen. Der Landkreis hätte eine Vorbildfunktion und könnte fortschrittlich sein. Es sollten Info-Kampagnen gemacht werden. Das wäre ein Weg für die Zukunft.

**Der Vorsitzende** sagt, der Unterschied sei, dass ursprünglich angenommen worden sei, der Landkreis mache einen Energienutzungsplan für den gesamten Landkreis und jetzt machen einige Gemeinden das selber. Ein Gesamtkonzept sei nicht mehr möglich. Es würden Dinge doppelt gemacht werden.

**Herr Brandl** merkt an, der Name Energienutzungsplan sei strittig. Er bittet, den Begriff nicht zu verwenden.

Die Partnerschaft mit den Kommunen wäre ein Weg gewesen, der relativ lange dauert. Der Weg gehe zu einem System der dezentralen regenerativen Energieversorgung.

Er stellt fest, es werde bei der Sanierung der Gebäude noch vieles auf den Landkreis zukommen. Es wäre für die Bürger nicht nachvollziehbar, wenn Zuschüsse nicht genutzt werden.

**Kreisrätin Bendl** meint, eine Koordinierung wäre schön und kann beschlossen werden. Sie findet die Situation untragbar. Seit Jahren gibt es die Idee, ein Energiekonzept vom Landkreis einzuführen. Jetzt solle in kürzester Zeit das Ganze vom Tisch sein. Der Landkreis habe lange genug gewartet. Es gibt keine Förderung mehr. Heute habe sie in der Bayer. Staatszeitung gelesen, dass es auch für Landkreise noch Mittel gibt. Sie habe auch noch mit der Förderstelle in Jülich telefoniert und die Auskunft erhalten, dass es für die Kommunen noch Fördermittel gibt. Auch für Landkreise sei eine Förderung nicht so eng zu sehen, wenn das Projekt innovativ sei.

Sie weigert sich, ganz schnell eine Koordinierung zu beschließen – nur damit „die Kuh vom Eis“ sei. Sie schlägt vor, das Thema in allen Fraktionen zu beraten.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** sagt, eine Beratung in den Fraktionen sei auch sein Vorschlag. Aufgrund der Aussage von Kreisrätin Bendl bittet er Herrn Brandl nochmals in Jülich nachzufragen, ob es noch Zuschüsse gibt.

**Herr Brandl** sagt, die Aussage liege bereits schriftlich vor. Er habe ein Fax vom 25.05.2009 vom Projektträger Jülich, Außenstelle Berlin, „dass keine neuen Anträge von Landkreisen mehr gefördert werden. Neue Anträge von Landkreisen können nur noch gefördert werden, wenn es sich um Teilkonzepte handelt, die im Zuständigkeitsbereich der Landkreise (z.B. eigene Liegenschaften) liegen. Um kleineren Gemeinden die Möglichkeit von übergreifenden Klimaschutzkonzepten (integrierten Klimaschutzkonzepten) zu ermöglichen, empfehlen wir diesen Gemeinden sich auf der Basis eines Kooperationsvertrages zusammenzuschließen und einen gemeinsamen Antrag zu stellen.“

**Kreisrat Jobst** stellt fest, dass der Landkreis ein Jahr verloren habe. In der Zwischenzeit sei viel passiert, die Ereignisse haben sich überschlagen. Inzwischen geschehen überall in Deutschland Energiewenden von unten nach oben. Bei den Bürgern und den Gemeinden geschehe zurzeit das Meiste. Der Freistaat habe im laufenden Haushalt noch Förderungen laufen, aber in einer sehr geringen Höhe. Wichtig wäre es, dass sich im Baugenehmigungsbereich etwas tut und mit dem Bürger zusammen Lichtkraftwerken geplant werden, damit diese in Bayern einen Stellenwert bekommen. Das sei nicht nur mit Eigeninitiative möglich. Er sei ein Befürworter der Energiewende.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass im Oktober letzten Jahres das erste Mal ein Beschluss herbeigeführt worden sei.

**Kreisrat Peis** denkt, das Thema sei zu wichtig, um ad hoc darüber zu entscheiden. Die Grundlagen haben sich geändert. Die Grundlage für eine Beschlussfassung sei nicht mehr gegeben. Wenn feststeht, dass die Gemeinden eine Förderung bekommen sei es doch sinnvoll, wenn die sich zusammenschließen und der Landkreis eine Koordinierung für alle Gemeinden übernimmt.

**Kreisrat Jobst** schlägt vor, der Landkreis sollte keine Koordinierungsstelle, sondern eine Beratungsstelle sein.

**Der Vorsitzende** sagt, Koordinierung hänge mit den Daten zusammen, dass die Daten zusammenlaufen und die Gemeinden auch beraten werden können.

**Kreisrat Hofstetter** denkt, der Weg, eine Koordinierung zu übernehmen sei richtig. Eine Zusammenarbeit sei wichtig. Hätte es schon früher eine Zusammenarbeit gegeben, wären die Gemeinden und der Landkreis z.B. im Bereich DSL schon weiter.

**Kreisrätin Dieckmann** stimmt der Aussage von Kreisrat Hofstetter zu. Mit Koordination könne vieles erreicht werden. Sie denkt, das Thema sollte in den Fraktionen, beim Bund Naturschutz, etc. diskutiert werden. Das Projekt sollte auf keinen Fall „sterben“.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** merkt an, im Landratsamt sei ein Energieberater eingesetzt und im Bauamt in der Nachbesetzung ein Mitarbeiter eingestellt worden, der die Energieberatung bei den Bauwerbern durchführt.

Entscheidend sei, dass der Landkreis nie mit Kosten von rd. 500.000 € gerechnet habe. Er erinnert, damals sei die Rede von 50.000 € gewesen und diese Summe hätte der Landkreis als Zuschuss bekommen.

Trotzdem könnte das Projekt mit rd. 500.000 € realisiert werden, wenn nicht der Landkreis der Antragsteller sei, sondern die Gemeinden in den jeweiligen Zusammenschlüssen Fördermittel bekommen. Er fragt, was dagegen spricht, dass die Gemeinden das machen und der Landkreis durch die Beratung und Koordination davon profitiert. Er denkt, es sollten die Gemeinden ermuntert werden, weil sie das Projekt vor Ort besser umsetzen können.

**Kreisrat Fischer** spricht sich dafür aus, das Thema in einer Bürgermeister-Dienstbesprechung zu behandeln. Er denkt, das Gebilde sei zu groß. Es sollten die Gemeinden das machen, wenn sie Zuschüsse bekommen. Er findet die Diskussion langsam unmöglich, dass sich der Landkreis zurückziehen möchte, weil es keinen Zuschuss mehr gibt. Vielmehr sei es für den Landkreis nicht machbar, weil er die Daten gar nicht erheben kann. Der Landkreis würde Daten von den verschiedenen Büros, etc. bekommen. Er fragt, was sollte mit solchen Daten verlässlich zusammengefasst werden. Wenn die Gemeinden eine Beratung brauchen, gehen sie dorthin, wo sie sie bekommen.

**Herr Brandl** merkt an, es habe sich inzwischen herauskristallisiert, dass man hinsichtlich der Daten zwar auf einen gewissen Bestand zurückgreifen könne, dass aber darüber hinaus noch eine Vielzahl an Daten erst erhoben werden müssten. Auch der Freistaat Bayern möchte die Situation in einem Energieatlas darstellen.

Er empfiehlt, möglichst bald an die Öffentlichkeit zu gehen, damit die Institutionen und Akteure mitreden können, denn die müssen Geld dafür in die Hand nehmen.

**Kreisrat Wiesmaier** denkt, es sollte schon entschieden werden, ob der Auftrag über rd. 500.000 € erteilt wird oder nicht. Es sei unmöglich, unter diesen Voraussetzungen über Geld zu reden, denn die Gemeinden müssen den Betrag über die Kreisumlage finanzieren. Wenn das System mit Kosten von 450.000 € bis 500.000 € verbunden sei und unter völlig neuen Voraussetzungen weiter verfolgt werden soll, möchte er schon wissen, wofür die Gelder verwendet werden.

**Der Vorsitzende** fragt, ob damit Einverständnis besteht, das Thema zunächst in den Fraktionen zu beraten und bei der nächsten Sitzung wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Herr Brandl werde allen die notwendigen Informationen zur Verfügung stellen. Das Gutachten, das Herr Brandl erarbeitet hat, steht ebenfalls zur Verfügung.

**Kreisrätin Seeger** fragt, ob jede Fraktion einen Termin mit Herrn Brandl vereinbart oder alle Fraktionen zusammen.



**Der Vorsitzende** sagt, die Fraktionsvorsitzenden könnten in einem gemeinsamen Termin vertiefte Informationen bekommen.

**Kreisrätin Seeger** fragt, ob auch die Ausschussmitglieder bei dem Termin teilnehmen können.

**Der Vorsitzende** antwortet ja, wenn es der Wunsch der Ausschussmitglieder sei. Es kann aber keiner dazu verpflichtet werden.

**Herr Brandl** weist darauf hin, der gesamte Schriftverkehr umfasst drei Aktenordner.

**Kreisrat Gruber** fragt, ob die sechs genannten Gemeinden, die den Auftrag schon vergeben haben, alle dasselbe Büro beauftragt haben.

**Der Vorsitzende** antwortet, jede Gemeinde habe ein anderes Büro.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Der Vorsitzende bricht um 18.40 Uhr die Sitzung ab. In der nächsten Sitzung sollen die weiteren Tagesordnungspunkte behandelt werden.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Elfriede Mayer  
Verwaltungsangestellte

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL